

Presseinformation

10. Dezember 2008

Zum Abschluss der Verhandlungen über einen Tarifvertrag zur sozialverträglichen Gestaltung des Verwaltungsumbaus in Brandenburg erklärt **Dr. Andreas Bernig**:

Trotz Tarifvertrag bleibt es Personalpolitik nach Kassenlage!

Die Linke begrüßt den Abschluss des Tarifvertrages, einzig und allein weil er die Tarifbeschäftigten beim Verwaltungsumbau sozial absichert. Diese positive Wertung ändert jedoch nichts an der grundsätzlichen Kritik der Linken, dass die Landesregierung seit Jahren Personalpolitik nach Kassenlage betreibt.

Eine tatsächliche Aufgabenkritik liegt dem weiteren Personalabbau und Verwaltungsumbau nicht zugrunde. Aus Sicht der LINKEN muss u.a. der Personalabbau im Bildungswesen und in der Polizei gestoppt werden. Für den Bildungsbereich fordert die LINKE mindestens 400 Lehrer- und 200 Sozialarbeiterstellen mehr. Völlig unklar ist, wie nach 2012 bis 2019 das Ausscheiden von ca. 15.000 Beschäftigten aus dem Öffentlichen Dienst aus Altersgründen kompensiert werden soll.

Den Gewerkschaften kam zugute, dass Landtagswahlen vor der Tür stehen. Ansonsten wäre wohl die Landesregierung zu solchen Zugeständnissen, wie Kündigungsschutz bis 2012 mit Option zur Verlängerung bis 2015, Rückkehr zur alten Trennungsgeldregelung, Mobilitätsprämien und umfassende Fortbildungsangebote nicht bereit gewesen. Noch vor kurzem hatte Finanzminister Speer mit betriebsbedingten Kündigungen gedroht, wenn kein neuer Sozialtarifvertrag abgeschlossen würde.

DIE LINKE fordert, dass nunmehr zeitnah die erforderlichen gesetzgeberischen Schritte eingeleitet werden, um das Ergebnis der Tarifverhandlungen auf die Beamten zu übertragen.

DIE LINKE Fraktion
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Pressesprecherin:
Alexa Lamberz
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40
E-Mail: [pressestelle@
dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de)